



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

PRESSEKONFERENZ
DONNERSTAG, 5. DEZEMBER 2002
EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Vizepräsident und ich möchten Sie über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats informieren.

Wir haben unsere umfassende Analyse der monetären, finanziellen und wirtschaftlichen Entwicklungen und die Anfang November geführte Diskussion über den angemessenen geldpolitischen Kurs unter Berücksichtigung der neu verfügbaren Informationen fortgesetzt. Insgesamt haben die Argumente, die für eine Senkung der EZB-Leitzinsen sprechen, seit unserer letzten Sitzung an Gewicht gewonnen. Die Zeichen dafür, dass der Inflationsdruck nachlässt, haben sich gemehrt, was insbesondere auf die verhaltene konjunkturelle Entwicklung zurückzuführen ist. Ferner haben sich die Abwärtsrisiken im Hinblick auf das Wirtschaftswachstum nicht zurückgebildet.

Aufgrund dessen hat der EZB-Rat beschlossen, die EZB-Leitzinsen um 50 Basispunkte zu senken.

Auf der heutigen Sitzung haben wir auch den Referenzwert für das Geldmengenwachstum überprüft, der im Rahmen der ersten Säule der geldpolitischen Strategie der EZB eine wichtige Rolle spielt. Der EZB-Rat beschloss, den bestehenden Referenzwert für das Geldmengenwachstum, nämlich eine Jahreswachstumsrate von 4 ½ % für das weit gefasste Geldmengenaggregat M3, unverändert zu lassen. Dieser Beschluss wurde gefasst, weil die Annahmen, die der Ableitung des Referenzwerts seit dem Jahr 1999 zugrunde liegen, nämlich ein trendmäßiges Potenzialwachstum von 2 % bis 2 ½ % pro Jahr und ein trendmäßiger Rückgang der Einkommensumlaufgeschwindigkeit von M3 von ½ % bis 1 % pro Jahr im Euro-Währungsgebiet, nach wie vor von den derzeit vorliegenden Informationen bestätigt werden. Wir werden heute

Nachmittag eine Pressemitteilung veröffentlichen, in der genauer auf die Beweggründe für diesen Beschluss eingegangen wird.

Beim Vergleich der aktuellen Entwicklung mit dem Referenzwert ist zu beachten, dass der Referenzwert auf einem mittelfristigen Konzept beruht. Kurzfristige Veränderungen von M3 müssen sich nicht zwingend auf die künftige Preisentwicklung auswirken. Ferner sind die Abweichungen der Geldmenge M3 vom Referenzwert in Verbindung mit anderen realwirtschaftlichen und finanziellen Indikatoren zu analysieren, um die Folgen für die Preisstabilität beurteilen zu können.

Den jüngsten Angaben zufolge lag der Dreimonatsdurchschnitt der Jahreswachstumsraten von M3 im Zeitraum von August bis Oktober 2002 wie auch schon im vorangegangenen Dreimonatszeitraum bei 7,1 %. Vor dem Hintergrund der allgemeinen Unsicherheit und insbesondere der Finanzmarkturbulenzen kam es zu Portfolioumschichtungen, die sich erheblich auf das M3-Wachstum auswirkten. Gleichzeitig spiegelt dieses Wachstum auch das niedrige Zinsniveau im Euro-Währungsgebiet wider, das das Halten liquider Mittel vergleichsweise attraktiv macht.

Im Euroraum ist reichlich Liquidität vorhanden. Angesichts des verhaltenen Wirtschaftswachstums ist es jedoch unwahrscheinlich, dass dieser Liquiditätsüberschuss in naher Zukunft zu inflationären Spannungen führen wird. Diese Einschätzung wird auch durch das zuletzt nachlassende Wachstum der Kreditvergabe an den privaten Sektor und insbesondere an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften untermauert.

Was die zweite Säule betrifft, so deuten die jüngsten Informationen verstärkt auf einen Rückgang des Preisauftriebs hin. Das schwache Wachstum des realen BIP im Eurogebiet wurde gestern durch die erste Schätzung von Eurostat bestätigt, wonach sich das Wachstum im dritten Quartal gegenüber dem Vorquartal auf 0,3 % belief. Dieser Wert lag am unteren Ende der Erwartungen. Die neuesten Umfrageergebnisse für den Euroraum insgesamt deuten darauf hin, dass die allgemeine Stimmung in der Wirtschaft unverändert trübe ist, wobei sich das Unternehmerv Vertrauen etwas verbessert hat, das Verbrauchervertrauen aber weiter sinkt. Es ist daher auch in den kommenden Monaten mit einem verhaltenen Wirtschaftswachstum zu rechnen.

Dieses enttäuschende Bild spiegelt vor allem die anhaltend hohe Unsicherheit wider. Geopolitische Spannungen mit möglichen Folgen für die Ölpreise, die Entwicklung an den Finanzmärkten, das geringe Wachstum der Weltwirtschaft und die anhaltenden globalen Ungleichgewichte belasten das Vertrauen. Diese Faktoren wirken sich auch negativ auf den

Konsum, die Investitionen und Arbeitsmärkte im Eurogebiet aus. Da schwer abzusehen ist, wann mit einem Nachlassen dieser Unsicherheit gerechnet werden kann, muss sie in den eher mittelfristigen Wachstumsaussichten berücksichtigt werden.

Die verhaltene wirtschaftliche Entwicklung dürfte die potenziellen Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität in Grenzen halten und zu einer Preisberuhigung beitragen. Lassen Sie mich auf diesen Punkt etwas näher eingehen.

Zunächst ist festzustellen, dass die Inflationsrate in der Vergangenheit trotz des konjunkturellen Abschwungs nach wie vor recht hoch war. Darin spiegelte sich auch eine Reihe vorübergehender Entwicklungen wider, wie z. B. die indirekten Effekte vergangener Anstiege der Öl- und Nahrungsmittelpreise und die begrenzte Auswirkung der Bargeldumstellung. Daneben haben jedoch auch strukturelle Faktoren an den Arbeits- und Gütermärkten eine Rolle gespielt, was sich vor allem in dem noch bis vor kurzem zu beobachtenden Aufwärtstrend bei der Lohnentwicklung zeigte. Hier sind erst in der jüngsten Vergangenheit Anzeichen einer Stabilisierung zu erkennen. Auch bei den Dienstleistungen ist weiterhin ein ausgeprägter Preisauftrieb feststellbar gewesen. Tatsächlich haben strukturelle Verkrustungen eine angemessene Anpassung der Löhne und Preise verhindert. Aus diesem Grund lagen die jährlichen Inflationsraten über weite Strecken des laufenden Jahres weiterhin über 2 %; dies war auch im November der Fall, wie eine erste Schätzung von Eurostat bestätigt, die von einer jährlichen HVPI-Steigerungsrate von 2,2 % ausgeht.

Zweitens ist hinsichtlich der Preisentwicklung bis in die Anfänge des Jahres 2003 festzustellen, dass die jüngste Ölpreisentwicklung zwar den kurzfristigen Preisdruck abgeschwächt hat, die jährlichen Inflationsraten in den kommenden Monaten aber aufgrund einiger anderer Faktoren weiterhin über der 2 %-Marke liegen könnten. Diese Kurzfristperspektive steht im Zusammenhang sowohl mit Basiseffekten als auch indirekten Steuern und administrierten Preisen, d. h. mit Entwicklungen vorübergehender Natur.

Drittens gehen wir über die kurze Frist hinaus davon aus, dass das gesamtwirtschaftliche Umfeld und der Euro-Wechselkurs, der sich seit Anfang dieses Jahres gefestigt hat, weiterhin zur Verringerung des Inflationsdrucks beitragen. Darüber hinaus dürfte es auch zu einem weiteren Nachlassen der indirekten Effekte früherer Ölpreissteigerungen und sonstiger Faktoren kommen. Lohnbezogene Risiken bestehen zwar nach wie vor, ein Wirksamwerden wird aber als weniger wahrscheinlich eingeschätzt, solange das gesamtwirtschaftliche Umfeld sich nicht deutlich ändert.

Der heutigen geldpolitischen Entscheidung liegt die Einschätzung zugrunde, dass sich die Aussichten insgesamt verbessert haben, dass die Inflation im Jahresverlauf 2003 auf unter 2 % zurückgeht und anschließend auf einem Niveau verharret, das mit Preisstabilität vereinbar ist. Unser Beschluss dürfte auch zu einer Aufhellung der konjunkturellen Aussichten für das Eurogebiet beitragen, da er ein Gegengewicht zu einigen der vorhandenen Abwärtsrisiken für das Wirtschaftswachstum darstellt und somit das Vertrauen fördert. Das wahrscheinlichste Szenario ist in einer allmählichen Erholung des Wirtschaftswachstums im Lauf des kommenden Jahres und dem Erreichen von Wachstumsraten, die näher am Potenzialwachstum liegen, zu sehen. Ein Rückgang der Inflation dürfte das verfügbare Realeinkommen steigern und - zusammen mit einer Verringerung der Diskrepanz zwischen „gefühlter“ und tatsächlicher Inflation - den privaten Verbrauch stützen. Zudem erwarten wir eine Verbesserung der Nachfrage weltweit. Diese Faktoren wie auch das niedrige Zinsniveau dürften zu einer Stärkung der Investitionstätigkeit beitragen.

Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass die Leitzinsen der EZB mit dem heutigen Beschluss ein im historischen Vergleich sehr niedriges Niveau erreicht haben. Der EZB-Rat wird auch in Zukunft alle Faktoren, die sich auf die Inflationsaussichten im Euroraum auswirken können, genau beobachten.

Die Aussichten für die Wirtschaft des Euro-Währungsgebiets werden zudem sehr stark von erkennbaren Fortschritten in anderen Politikbereichen abhängen. Im Hinblick auf die Finanzpolitik im Euroraum möchte ich nochmals betonen, dass Haushaltsdisziplin die Voraussetzungen für ein nachhaltiges Wachstum des BIP und der Beschäftigung verbessert. Daher ist eine solide Haushaltslage, wie sie im EU-Vertrag verankert und im Stabilitäts- und Wachstumspakt weiter entwickelt worden ist, im Interesse aller Mitgliedstaaten. Angesichts der enttäuschenden Entwicklung der öffentlichen Haushalte in einigen Ländern sowie der Herausforderungen, die sich für den finanzpolitischen Rahmen der EU ergeben, begrüßen wir die Maßnahmen zur Korrektur und Vermeidung übermäßiger Defizite, d. h. die Einleitung von Verfahren bei einem übermäßigen Defizit im Falle von Deutschland und Portugal sowie die Frühwarnung an Frankreich. Länder mit noch bestehenden Ungleichgewichten werden dringend aufgefordert, hinreichend ehrgeizige Konsolidierungspläne für ihre bevorstehenden Stabilitätsprogramme zu erstellen. Besonderes Augenmerk sollte dabei auf eine wachstumsorientierte Konsolidierungspolitik gelegt werden, die die Produktivkräfte der Volkswirtschaft stärkt. Der EZB-Rat hält die jüngste Mitteilung der Kommission für einen guten Ausgangspunkt, um das Vertrauen in die haushaltspolitischen Rahmenvorgaben wiederherzustellen. Wie bereits in der Erklärung zum Stabilitäts- und Wachstumspakt vom 24. Oktober 2002 zum Ausdruck kam, unterstützen wir in vollem Maße das

Hauptziel der Kommission, nämlich eine verbesserte Umsetzung des Pakts im Rahmen des bestehenden Regelwerks.

Schließlich möchte ich noch einmal betonen, dass es weiterhin dringend notwendig ist, die Vorhaben für Strukturreformen entschieden umzusetzen. Wir stellen mit einiger Besorgnis fest, dass viele Länder des Euroraums nur langsame Fortschritte machen und rufen die Regierungen zu entschlossenem Handeln auf. Die mittelfristigen Auswirkungen dieser Reformen auf das Wachstumspotenzial im Euro-Währungsgebiet dürften erheblich sein. Eine zügige Umsetzung struktureller Reformen auf den Arbeits-, Güter-, und Finanzmärkten ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt von besonderer Bedeutung, da dies zu einer Stärkung des Vertrauens im Euroraum beitragen und damit auch auf kurze Sicht die wirtschaftliche Entwicklung stützen würde.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank
Abteilung Presse und Information
Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main
Tel.: +49 (69) 13 44-7455 • Fax: +49 (69) 1344-7404
Internet: <http://www.ecb.int>
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.